

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dennis Thering, Birgit Stöver, Franziska Grunwaldt,  
Dennis Gladiator, Carsten Ovens (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Der Parkplatznot entgegenwirken – Neue Parkplätze, Stellplätze und  
Parkzonen vor Gewerbebetrieben in Hamburg schaffen!**

In den letzten Jahren war in allen Hamburger Stadtteilen eine Verschärfung der Parkplatznot zu verzeichnen. Einerseits hatte der SPD-Senat bereits in der vergangenen Legislaturperiode fast 1.000 Parkplätze in Hamburg vernichtet, wie eine Große Anfrage (Drs. 20/13635) der CDU-Fraktion ergab. Und wie kürzlich eine Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Dennis Thering ergeben hat, sind im vergangenen Jahr unter dem Strich weitere 153 Parkplätze vernichtet worden (siehe Drs. (21/2603). Die Dunkelziffer liegt laut Expertenmeinung sogar deutlich höher. Andererseits ist die Zahl der in Hamburg zugelassenen Pkws seit 2010 um fast 40.000 auf rund 756.500 bis Ende 2015 gestiegen.

Das vorhandene Stellplatz- und Parkplatzangebot wird durch die rot-grüne Verkehrspolitik immer defizitärer. Insbesondere die mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN zum Jahresbeginn 2014 herbeigeführte Abschaffung der Stellplatzpflicht bei Wohnungsbauvorhaben hat die Parkplatznot in Hamburg weiter verschlimmert. Wenn neue Wohnungen gebaut werden, kommen seither viel zu wenige neue Stell- und Parkplätze hinzu. Viele Menschen sind trotz des sehr guten Angebots des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) aber aus beruflichen und privaten Gründen auf die Nutzung eines Autos angewiesen. Vor allem Handwerksbetriebe, Sozial- und Pflegedienstleister sowie Kurierunternehmen sind auf Kraftfahrzeuge angewiesen, um die Vielzahl an Terminen pünktlich einhalten und Waren sowie Arbeitsausrüstung transportieren zu können. Daher ist ein ausreichendes Parkplatz- und Stellplatzangebot für einen reibungslosen Ablauf unerlässlich. Gleiches gilt auch für Familien und Senioren, welche an Lebensqualität verlieren, wenn nichts gegen die Parkplatznot unternommen wird. Sie alle haben stadtwweit täglich große Probleme, eine Parkmöglichkeit zu finden. Die umfangreichen Suchfahrten sind nicht nur umweltschädlich, sondern kosten Zeit, Nerven und Geld.

Die CDU hat in der Vergangenheit mehrfach Vorschläge unterbreitet, wie dem Park- und Stellplatzschwund begegnet werden kann. Erst im Mai 2015 wurde in der Bürgerschaft über einen CDU-Antrag (Drs. 21/399) abgestimmt, der nach dem Vorbild Zürichs vorsah, im Innenstadtbereich verloren gehenden oberirdischen Parkraum unterirdisch durch Bau von Tiefgaragen zu ersetzen. Dieser pragmatische Ansatz scheiterte am Widerstand von SPD, GRÜNEN und LINKEN; die bezeichnenderweise keinen einzigen eigenen Gegenvorschlag zur Verbesserung vorlegten.

Weil die Klagen von Privatpersonen und Gewerbetreibenden aber immer zahlreicher werden, muss die Park- und Stellplatzsituation in Hamburg endlich verbessert werden.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

1. Die Hamburgische Bürgerschaft gibt das politische Ziel aus, mehr Pkw-Stellplätze, Parkplätze und temporäre Parkzonen in ganz Hamburg zu schaffen.

**Der Senat wird aufgefordert,**

2. mittels Einbindung der bezirklichen Stellen eine Liste mit geeigneten Straßenzügen zu erstellen, in denen oberirdisch und unterirdisch mehr Parkplätze geschaffen beziehungsweise temporäre Parkzonen vor Gewerbebetrieben eingerichtet werden können,
3. Vorschläge zur spürbaren Minderung der Parkplatznot vorzulegen. Dazu sollte unter anderem ein Konzept gehören, die Ausnutzung vorhandener und nicht ausgenutzter Hoch- und Tiefgaragen sowie P+R-Anlagen zu verbessern und neuen Parkraum in unterirdischen Anlagen zu schaffen,
4. die Stellplatzpflicht beim Bau neuer Wohneinheiten grundsätzlich wieder so zu regeln, wie es die HBauO vor der Änderung der §§ 48 und 49 HBauO zum 1. Januar 2014 vorsah,
5. zusätzlich die Einführung einer flexiblen Regelung für die Parkplatzverpflichtung zu prüfen, bei der die politischen bezirklichen Gremien die Verantwortung bekommen, selbst für ihre Stadtteile und/oder Quartiere die Anzahl der Stellplätze pro Wohneinheit festzulegen. Dies soll auch der Stärkung der Bezirksversammlungen dienen,
6. der Bürgerschaft bis zum 30. Juni 2016 hierüber zu berichten.